

*Volker Fuhr*

## Pazifismus in Japan – ein Auslaufmodell?

### Problemstellung

Über ein halbes Jahrhundert lang sah sich Japan als Inbegriff einer friedliebenden Nation, die ihre Lektionen aus den Schrecknissen des Zweiten Weltkriegs gelernt habe. Als Ausdruck des friedlichen Japan gilt die 1947 in Kraft getretene Verfassung des Landes, deren Artikel 9 Kriegführung und die Unterhaltung von Streitkräften untersagt. Wenn auch dieser Verfassungspassus schon seit den 1950er Jahren nicht strikt eingehalten wurde, so zeichnete sich Japan ähnlich wie die Bundesrepublik Deutschland bei der Definition seiner internationalen Rolle lange Jahre durch bewusste Zurückhaltung auf militärischem Gebiet aus. Diese Zurückhaltung wird in Japan zunehmend in Frage gestellt. Nach dem Golfkrieg von 1990/91 gab Japan ähnlich wie die Bundesrepublik dem Drängen der USA nach einem größeren militärischen Beitrag mehr und mehr nach: Die Beteiligung der zuvor strikt auf die Landesverteidigung beschränkten „Selbstverteidigungsstreitkräfte“ (SVS) an UN-Friedensmissionen markierte den Beginn einer Militarisierung der Außenpolitik Japans. Diese wurde nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 beschleunigt und fand unter der Regierung von Ministerpräsident Koizumi Jun'ichirō<sup>1</sup> ihren vorläufigen Höhepunkt in der Beteiligung der SVS an der Besetzung des Irak in der Folge eines völkerrechtlich zumindest fragwürdigen Krieges der USA und ihrer „Koalition der Willigen“ gegen das Regime des irakischen Diktators Saddam Hussein. Obwohl Japans Friedensbewegungen auf eine mehr als 50 Jahre alte Tradition der Mobilisierung gegen Militarisierungstendenzen zurückblicken können, erreichten die Proteste gegen den Irak-Krieg und den die USA unterstützenden Regierungskurs im internationalen Vergleich nur geringe Ausmaße und verpufften innenpolitisch völlig wirkungslos.

Um diese Entwicklung hinreichend zu verstehen, wäre eine umfassendere Untersuchung des sozialen und politischen Umfelds notwendig, in dem sich Friedensbewegungen in Japan bewegen. Dies kann an dieser Stelle nicht geleistet werden, doch es erscheint durchaus lohnenswert, mit der Frage, ob und in wieweit die Entwicklung der Friedensbewegungen selbst Erklärungsansätze bietet, einen Teilaspekt der Problemstellung anzugehen.

Dieser Beitrag versucht, sich dieser Fragestellung aus der zeithistorischen Perspektive zu nähern. Dabei sollen im Folgenden die wichtigsten Rahmenbedingungen, Anliegen, Strategien und Charakteristika der japanischen Friedensbewegungen in ihrer Blütezeit von den 1940er bis zu den 1960er Jahren herausgearbeitet werden. In einem kurzen Resümee wird

1 Die Umschrift japanischer Begriffe und Eigennamen richtet sich nach der modifizierten Hepburn-Transkription. Japanische Personennamen werden entsprechend der in Ostasien üblichen Reihenfolge Familienname-Vorname dargestellt.

versucht, die Bedeutung der Hinterlassenschaften dieser „traditionellen“ Bewegungen für pazifistische Initiativen in der Gegenwart aufzuzeigen.

## Die Anfänge der Friedensbewegungen in Japan

Die Kapitulation Japans am 15. August 1945 markierte nicht nur das Ende der gewaltsamen Expansion Japans auf dem asiatischen Kontinent, sondern auch den Beginn der Besetzung durch die Siegermacht USA, der viele Japaner ambivalent gegenüber standen. Wenn auch die Erfahrung der totalen Niederlage und Okkupation von vielen als schwere Demütigung empfunden wurde, weckte die anfangs auf Demilitarisierung und Demokratisierung ausgerichtete Besatzungspolitik der USA andererseits Hoffnungen auf eine friedliche Zukunft ihres Landes. Es waren vor allem linke Intellektuelle, die trotz aller Vorbehalte gegen das von den USA propagierte kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem die von der Besatzungsmacht eingeleiteten Reformen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Kultur als eine Art von Befreiung erlebten, während ein großer Teil der politischen Elite die Reformen als Schwächung der nationalen Identität Japans innerlich ablehnten und ihren Einfluss auf die Gesellschaft einzugrenzen suchten. Der Gegensatz zwischen den im Japanischen als „*kakushin* (Progressive)“ bezeichneten linksgerichteten Kräften – neben dem überwiegenden Teil der Intellektuellen vor allem Kommunistische Partei (im folgenden KPJ), Sozialistische Partei (im folgenden SPJ) sowie mit diesen Parteien affilierte Gewerkschaften – und den aus unterschiedlichen Motiven auf ein kapitalistisches Wirtschaftsmodell und eine enge Anlehnung an die USA ausgerichteten Konservativen unterschiedlicher Couleur<sup>2</sup> sollte über Jahrzehnte hinweg die wichtigen politischen Kontroversen in Japan bestimmen. Zu diesen zählten auch Fragen der Sicherheitspolitik.

Unterschiedliche Auffassungen zwischen progressiven und konservativen Kräften über die Zukunft Japans im internationalen Umfeld traten bereits zur Zeit der ersten außenpolitischen Weichenstellungen zutage. Überraschende Erkenntnisse hierzu brachte eine monumentale und in Japan preisgekrönte Studie des Soziologen Oguma Keiji.<sup>3</sup> Während sich die konservative Regierung unter Ministerpräsident Yoshida Shigeru mit der pazifistischen Ausrichtung der unter Anleitung der US-Besatzungsbehörden ausgearbeiteten neuen Verfassung Japans, insbesondere mit dem Verzicht auf Kriegsführung sowie auf Wiedereinführung von Streitkräften in Artikel 9, schnell abfand, äußerten eher jene Kräfte, die sich später als Verteidiger der Verfassung profilierten, Vorbehalte und Ablehnung.<sup>4</sup> Auf der einen Seite war die

2 Berger unterteilt in seiner vergleichenden Studie über Antimilitarismus in Deutschland und Japan die konservativen Kräfte im Nachkriegsjapan in gemäßigte „*Centrists*“ und radikalere „*Right-Idealists*“, die mit Forderungen nach einer uneingeschränkten (d.h. einschließlich einer atomaren) Wiederbewaffnung Japans auch im konservativen Spektrum eine Minderheit bilden. Vgl. Thomas U. Berger: *Cultures of Antimilitarism. National Security in Germany and Japan*, Baltimore/London 1998, 55–66.

3 Oguma Eiji: „*Minshu*“ to „*aikoku*“. *Sengo Nihon no nashonarizumu to kôkôsei* [„Demokratie“ und „Patriotismus“. Nationalismus und Öffentlichkeit im Nachkriegsjapan], Tôkyô 2002.

4 Hierzu ausführlich Oguma, 160–173.

Regierung Yoshida weniger von pazifistischer Überzeugung, als von opportunistischen Motiven bewegt. Hinsichtlich der Verfassungsinhalte war sie hauptsächlich an einer Bewahrung und Sicherung der Stellung des Tennô interessiert und sah in der raschen Verabschiedung der Verfassung den schnellsten Weg zur Wiedergewinnung der staatlichen Souveränität. Für Yoshida hatte eine Wiederbewaffnung Japans keine Priorität, er mochte diese aber für die Zeit nach Wiederherstellung der Souveränität auch nicht ausschließen.<sup>5</sup>

Auf der anderen Seite befürchteten linke Kritiker der Kriegsverzichtsklausel eine zu weit gehende Einschränkung des zukünftigen außenpolitischen Spielraums Japans. Der Unterhausabgeordnete und spätere langjährige Generalsekretär der KPJ, Nosaka Sanzô, begründete im August 1946 seine Ablehnung gegenüber Artikel 9 mit der Gefahr, dass Japan „durch den Verzicht auf das Recht zur Selbstverteidigung die Unabhängigkeit unseres Volkes in Gefahr bringt“<sup>6</sup>. Neben diesem nationalistischen Motiv sah die KPJ in der ihr eigenen Dialektik den pauschalen Verzicht auf jegliche Kriegsführung als unzulässige Verwischung der Unterschiede zwischen legitimen und illegitimen Kriegen an.<sup>7</sup> Zur gleichen Zeit äußerte Nanbara Shigeru, Rektor der Universität Tokyo und später Vordenker der von vielen Friedensinitiativen aufgegriffenen Idee von Japan als „Friedensstaat“<sup>8</sup> seine Bedenken gegen Artikel 9. Seine damalige Begründung klingt heute in einem ganz anderen Kontext seltsam vertraut: Durch einen völligen Verzicht auf ein eigenes Militärpotential würde Japan in Zukunft daran gehindert, an etwaigen Friedenssicherungsmechanismen im Rahmen der Vereinten Nationen (UNO) teilzunehmen. Dies würde einen UNO-Beitritt Japans erschweren, wenn nicht unmöglich machen, und bringe somit die Gefahr der internationalen Isolierung mit sich.<sup>9</sup> Was der heutigen Regierungsrhetorik zur Rechtfertigung verfassungsrechtlich und politisch höchst fragwürdiger Auslandseinsätze der japanischen SVS nahe kommt, stand damals im Kontext von Nanbaras Idee eines „aktiven Friedensstaates“, der sich im Innern auf eine entmilitarisierte egalitäre Gesellschaft stützt, sich nach außen jeder Aggression enthält und in ein internationales System der Konfliktvermeidung einbringt.

Bekanntermaßen ging Japans konservative Regierung einen anderen Weg: In dem sich bald nach Kriegsende herauskristallisierenden ideologischen und machtpolitischen Konflikt zwischen den USA und der Sowjetunion sah sie Japans Platz nirgendwo anders als an der Seite der USA. Wirtschafts- und gesellschaftspolitisch sahen Japans Konservative sozialistische und kommunistische Konzepte als höchst gefährlich an und ließen dies die Linke durch repressive Maßnahmen gegen angeblich oder tatsächlich radikale Elemente wiederholt spüren. Außen- und sicherheitspolitisch suchten sie die enge Anlehnung an die USA, in deren Strategie zur Eindämmung der Sowjetunion und Chinas sie sich bereitwillig einbinden ließen. Die ersten Schritte hierzu waren 1951 der Abschluss des Friedensvertrags mit den USA und den meisten früheren Kriegsgegnern, aber unter Ausschluss der Sowjetunion und der Volksre-

5 Oguma, 164.

6 Zitiert nach Oguma, 166.

7 Oguma, 167f.

8 Nanbara Shigeru: Heiwa no sengen (Friedensdeklaration), Tōkyō 1951.

9 Vgl. Oguma, 169.

publik China, sowie eines zunächst auf zehn Jahre befristeten bilateralen Sicherheitsvertrags mit den USA, der Japans militärische Sicherheit fast vollständig in Washingtons Hände legte und den amerikanischen Truppen weitreichende Rechte garantierte.

Die sich verschärfende Frontenstellung des Kalten Krieges in Ostasien sowie Japans Reaktion hierauf ließ die meisten Intellektuellen in Japan Bedrohungsszenarien entwickeln, die denen der Konservativen diametral gegenüber standen. Für viele Intellektuelle waren die Sowjetunion und die Volksrepublik China im Grunde friedliebende Staaten, die gezwungen waren, ihre Ideale gegen die Angriffe der kapitalistischen Welt zu verteidigen.<sup>10</sup> Anstelle der von der Regierung praktizierten einseitigen Parteinahme zugunsten der USA suchten sie einen Weg zur Vermittlung zwischen den widerstreitenden Ideologien und ihren Machtansprüchen.

Die erste organisatorische Ausdrucksform fand dieses Denken in dem 1948 gegründeten „Gesprächsforum über Friedensfragen“ (Heiwa mondai danwakai, im folgenden „Friedensforum“). Zu den Initiatoren des Friedensforums zählten u.a. Yoshino Genzaburô, der Chefredakteur der linksliberalen Monatszeitschrift „Sekai (Die Welt)“ aus dem Verlag Iwanami, Koizumi Shinzô, Rektor der Keiô-Universität, Abe Yoshige, Rektor der Gakushûin-Universität, der Soziologe Shimizu Ikutarô, der Ökonom Ôuchi Hyôe, der Physiker Nishina Yoshio, der Politikwissenschaftler Maruyama Masao und der Philosoph Kuno Osamu. In der Zeitschrift „Sekai“, die zum wichtigsten Organ der Friedensbewegung dieser frühen Phase wurde, veröffentlichte das Friedensforum zwischen März 1949 und Dezember 1950 drei Appelle<sup>11</sup>, in denen es sich mit Friedensstrategien, sicherheitspolitischen Optionen und der Wiederbewaffnung Japans auseinandersetzte. Die grundlegenden Forderungen der drei Appelle lassen sich in den drei Punkten umfassenderer Friedensschluss (d.h. unter Einbeziehung der Sowjetunion und Chinas), Neutralität und baldiger Beitritt zur UNO sowie Ablehnung der Wiederbewaffnung zusammenfassen. Die drei Appelle des Friedensforums setzten damit für lange Zeit die wichtigsten Paradigmen der Friedensbewegungen in Japan. Im Frühjahr 1951 machten sich die SPJ und der ihr nahestehende Gewerkschaftsdachverband Sôhyô die drei Forderungen des Friedensforums zu eigen und verabschiedeten sie unter Ergänzung des Punktes Widerstand gegen fremde Militärbasen als ihre jeweiligen „vier Friedensprinzipien (heiwa yon gensoku)“<sup>12</sup>

Die Appelle des Friedensforums wurden vor allem von konservativen Kreisen als rein idealistische Träumerei abgetan, die der damaligen Realität nicht standhalten konnten. In der Tat lässt sich die Vorstellung des Friedensforums, Japans Sicherheit der UNO anzuvertrauen, angesichts des sich schon damals abzeichnenden Lähmung durch Konflikte unter den fünf vetoberechtigten Mitgliedern des Sicherheitsrats als reines Wunschdenken kritisieren.<sup>13</sup>

10 Berger, 60.

11 Hier wiedergegeben nach Yoshikawa Yûichi (Hg.): *Komentaarû sengo 50-nen dai-4-kan: Hansen heiwa no shisô to undô* (Kommentar 50 Jahre Nachkriegszeit, Bd. 4: Denken und Bewegungen gegen den Krieg und für den Frieden), Tôkyô 1995, 53–100.

12 Yoshikawa Yûichi: *Kaisetsu: Semegiau „renzoku“ to „danzetsu“ – Hansen heiwa no imi o megutte* [„Kontinuität“ und „Bruch“ im Widerstreit – über die Bedeutung der Antikriegs- und Friedensbewegungen], in: Derselbe (Hg.): *Komentaarû*, 7–48, 10.

Ein schwerer wiegendes Manko dieser Vision war jedoch die passive Ausrichtung des japanischen Pazifismus, der die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit von der Weltgemeinschaft erwartete und dessen Eigenbeitrag zum geforderten Weltfrieden sich im Streben nach unbewaffneter Neutralität erschöpfte. In dieser Selbstgenügsamkeit war dieser Pazifismus ein Spiegelbild der Regierungspolitik, die sich in das Bündnissystem der USA einreichte und von diesem die Garantie der eigenen Sicherheit erwartete, ohne einen entsprechenden Eigenbeitrag leisten zu müssen.

Ein weiterer Schwachpunkt des frühen japanischen Pazifismus war die Fixierung auf die japanische Opfererfahrung, die mit der Ausblendung japanischer Verantwortung für die Leiden anderer Völker durch Krieg und Kolonialherrschaft weitgehend ausblendete. Damit gingen sie in diesem Punkt weitgehend konform mit dem Hauptstrom der japanischen Politik und Gesellschaft, die – wie die eindrucksvolle Studie von James Orr<sup>14</sup> zeigt – der Erinnerung an die kriegsbedingten Leiden der japanischen Bevölkerung viel Raum einräumte, während die Kriegserfahrungen der Anderen fast völlig ignoriert wurden. Sollten in der frühen Nachkriegszeit tatsächlich viele Intellektuelle Reue angesichts der Gräueltaten der japanischen Armee in China, Korea, Französisch-Indochina und anderen besetzten Ländern empfunden haben<sup>15</sup>, so haben sie es weitgehend für sich behalten. In den in der Tat zahlreichen Abrechnungen mit der militaristischen Politik des Landes standen in dieser Zeit systemkritische Abhandlungen über das Wesen des Tennôfaschismus als Sonderform des faschistischen Weltimperialismus im Vordergrund. Dagegen finden sich in der Kriegsschulddiskussion in dieser Zeit nur wenige Beiträge, die zum Verständnis der Kriegserfahrungen der von Japan besetzten oder kolonisierten Völker beitrugen.<sup>16</sup> Damit bezog ein Großteil der Kritik am japanischen Imperialismus ihre Argumentationsgrundlage aus seinen Rückwirkungen auf die japanische Bevölkerung, der japanischen Opfererfahrungen. Diese selbstbezogene Wahrnehmung der Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges im asiatisch-pazifischen Raum<sup>17</sup> war lange Zeit auch in den Friedensbewegungen zu beobachten.

13 Unter den Kritikern gab es auch viele, die sich erst im Nachhinein aus sicherem zeitlichen Abstand zu dem Urteil verstiegen, die Vorbehalte des Friedensforums gegen den sogenannten „Seperatfrieden“ mit den USA und ihren Verbündeten – etwa die Befürchtung, Japan isoliere sich international und begeben sich in ewige ökonomische Abhängigkeit zu den USA – hätten sich als unhaltbar erwiesen und seien dies von Anfang gewesen, z.B. Nakamura Katsunori: *Seiron jiyû dai-4-kan: Hankaku undô – jiyû kara no dassô* [Wahrheit und Freiheit, Bd. 4: Die Antiatomwaffen-Bewegung – Flucht vor der Freiheit], Tôkyô 1985, 11–14.

14 James J. Orr: *The Victim as Hero. Ideologies of Peace and National Identity in Postwar Japan*, Honolulu 2001.

15 Berger, 20.

16 Volker Fuhr: *Erzwungene Reue. Vergangenheitsbewältigung und Kriegsschulddiskussion in Japan 1952–1998*, Hamburg 2002, 38; Oguma, 168.

17 Zu den Hintergründen dieser einseitigen Wahrnehmung Yoshida Yutaka: *Nihonjin no sensô kan* [Die Sicht der Japaner vom Krieg], Tôkyô 1995, 26–104 und Orr, 1–35.

## Massenbewegung im Dienste der Linksparteien?

Dass die Entstehung organisierter Friedensbewegungen in Japan unter dem starken Einfluss von KPJ, SPJ sowie der diesen Parteien jeweils nahestehenden Gewerkschaften und Massenorganisationen stand, erscheint nicht weiter verwunderlich. Zum einen waren diese Kräfte hinsichtlich ihrer Organisationsstruktur und Mobilisierungsmöglichkeiten allen anderen regierungskritischen Gruppierungen weit überlegen, zum anderen erschien ihnen gerade das Thema Friedenssicherung geeignet, um über ihre Klientel hinausgehend um Unterstützung zu werben.

Wenn die von den Linksparteien getragenen Friedensbewegungen auch die Forderungen des Friedensforums aufgriffen, unterschieden sich Friedensbegriff und die sich aus ihm ergebenden Friedensstrategien vor allem der KPJ-nahen Organisationen von den Positionen des Friedensforums. Kuno Osamu, einer der Vordenker des Forums, hatte Ende der 1940er Jahre und Anfang der 1950er Jahre in mehreren Aufsätzen in der Zeitschrift „Sekai“ programmatische Überlegungen für eine bürgerliche Friedensstrategie angestellt.<sup>18</sup> Um den nächsten Weltkrieg, der einen Großteil der Menschheit auslöschen würde, abzuwenden, forderte er eine radikale Abkehr von der „Logik des Krieges“, die neuerliche kriegerische Konflikte für unausweichlich halte. Sobald die friedliebenden Kräfte sich bei der Auseinandersetzung mit den kriegstreibenden Kräften deren Eigenarten – Organisation, Zwang und Gewalt – aneigneten, würden sie sich gleichzeitig deren Logik unterwerfen. Um sich aus diesem Dilemma zu befreien, sah Kuno nur den Weg des strikt passiven und gewaltfreien Widerstands gegen die Kräfte des Krieges. Kunos „Logik des Friedens“, die noch auf sehr viel spätere Phasen der japanischen Friedensbewegungen Einfluss ausübte, war nicht zuletzt auch ein Versuch der bürgerlichen Abgrenzung von den marxistisch geprägten Friedensbewegungen, deren Kampf für den Frieden Teil des Klassenkampfes war und seiner Logik folgte. Ihr Widerstand gegen den Krieg war nicht bedingungslos, da sie „antiimperialistische Befreiungskriege“ und den Kampf gegen den Kapitalismus als gerechte Kriege unterstützte. Aufgrund ihrer organisatorischen Stärke hätte ein Ausschluss der marxistisch beeinflussten Kräfte den frühen Zusammenbruch der Friedensbewegungen bedeutet, der innere Widerspruch zwischen bürgerlichen und marxistischen Kräften barg jedoch viel Konfliktpotential in sich.

Als Geburtsstunde der japanischen Friedensbewegung als Massenbewegung gilt die „Japanische Konferenz zur Wahrung des Friedens (Heiwa yōgo Nihon taikai, im folgenden Nihon taikai)“ im April 1949 in Tōkyō, ein japanischer Ableger der gleichzeitig in Paris und Prag abgehaltenen „Weltkonferenz für den Frieden“. Auf der Japanischen Konferenz, an der Vertreter von über 100 Gruppierungen sowie 300 Intellektuelle als Einzelpersonen teilnahmen, wurde mit der „Japanischen Arbeitsgemeinschaft zum Schutze des Friedens (Nihon heiwa o mamoru kai)“ der Vorläufer der bis heute größten Organisation in der japanischen Friedensbewegung, des „Japanischen Friedenskomitees (Nihon heiwa iinkai)“ gegründet.

18 Später gesammelt veröffentlicht in Kuno Osamu: *Heiwa no ronri, sensō no ronri* [Die Logik des Friedens und die Logik des Kriegs], Tōkyō 1951, hier zitiert nach Yamada Kō: *Sengo shisō shi* [Ideengeschichte der Nachkriegszeit], Tōkyō 1989, 71–73.

Organisatorisch stand dieses Treffen unter den Fittichen der KPJ-nahen „Allianz zur Wahrung der Demokratie (Minshushugi yōgo dōmei)“.<sup>19</sup>

Auf der Nihon taikai wurde ein Bericht an die Pariser Konferenz verabschiedet<sup>20</sup>, der eines der größten Probleme der Friedensbewegungen in den nächsten Jahren verdeutlichte: ihre Instrumentalisierung für die Auseinandersetzung mit der Regierung über innenpolitische Fragen. Der Bericht war eine einzige Abrechnung mit dem als „faschistische Regierungsmacht“<sup>21</sup> bezeichneten Kabinett Yoshida und stellte Japan als ein Land dar, in dem alle Bereiche von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf die Vorbereitung eines neuerlichen imperialistischen Feldzuges ausgerichtet seien.

In vielen japanischen zeithistorischen Überblicken über die Friedensbewegungen der Nachkriegszeit wird als ihr erster großer Erfolg die Sammlung von 6,45 Millionen Unterschriften unter den Stockholmer Appell des kommunistisch geführten Weltfriedensrats vom März 1950 gewürdigt.<sup>22</sup> Unter den damaligen Umständen – Repressionsmaßnahmen gegen kommunistische Organisationen durch die Besatzungsbehörden und die japanische Regierung, Boykott des Appells durch die Sozialisten wegen seiner klaren Ausrichtung auf die strategischen Interessen der Sowjetunion, Spaltung des kommunistischen Lagers aufgrund divergierender Bewertungen des Korea-Krieges – mag die Aktion tatsächlich als Mobilisierungserfolg gelten. In der jüngeren Literatur wird sie inzwischen sehr viel kritischer als gutes Beispiel für die Haltung der KPJ gesehen, das Streben nach Frieden nicht als eigenständige Bewegung anzuerkennen, sondern sie als Mittel des Klassenkampfes zu instrumentalisieren. Darüber hinaus wird das Engagement für den Appell inzwischen als klare Unterwerfung unter die machtpolitischen Interessen der Sowjetunion gesehen.<sup>23</sup> Schon in den 1960er Jahren wurden Stimmen laut, die das Engagement für den Stockholmer Appell im Rückblick als der damaligen politischen Situation nicht angemessen beurteilten und die Auffassung vertraten, wichtiger wäre eine Bewegung für die sofortige Beendigung des Korea-Krieges gewesen.<sup>24</sup>

Insgesamt gesehen waren die frühen 1950er eine Periode der Stagnation der pazifistischen Bewegungen. Die Mobilisierung von Massenprotesten und der Aufbau landesweiter Organisationsstrukturen wurde immer schwieriger, in allen Bereichen ihrer Aktivitäten – Kampf für einen allumfassenden Friedensvertrag, Widerstand gegen den amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrag und gegen fremde Militärbasen auf japanischem Boden, Kampf

19 Yoshikawa, Kaisetsu, 13.

20 Heiwa yōgo sekai taikai e no Nihon daihyō no hōkoku (Bericht der Vertreter Japans an die Weltkonferenz zur Bewahrung des Friedens), hier zitiert nach Yoshikawa, Komentaaru, 102–108.

21 Ebd., 102.

22 Vgl. z.B. Murakami Kimitoshi u.a.: Sekai heiwa undō shi (Geschichte der Friedensbewegungen der Welt), Tōkyō 1961, 71–85; Kumakura Hiroyasu: Nihon heiwa undō no rekishi to dentō (Geschichte und Tradition der japanischen Friedensbewegungen), Tōkyō 1968, 75; zum Weltfriedensrat und Stockholmer Appell Lawrence S. Wittner: One World or None. A History of the World Nuclear Disarmament Movement Through 1953 (The Struggle Against the Bomb, Volume One), Stanford 1993, 182–200.

23 So etwa Yoshikawa, Kaisetsu, 15–17.

24 Eine ausführliche Argumentation hierzu bei Imahori Seiji: Gensuibaku jidai, gekan (Die Ära der Atom- und Wasserstoffbombe), Tōkyō 1960, 98–104.

für die Einhaltung von Verfassungsartikel 9 und damit gegen die Wiederbewaffnung – mussten sie Rückschläge hinnehmen: Die Regierung Yoshida schloss 1951 ungeachtet der Proteste den Friedensvertrag unter Ausschluss der Sowjetunion und Chinas sowie den Sicherheitsvertrag mit den USA, welcher den raschen Ausbau von US-Militärbasen in Japan zur Folge hatte. Schon Ende der 1940er Jahre hatte Tôkyô dem Drängen Washingtons nach Aufbau einer quasi-militärischen Polizeitruppe zugestimmt, deren Ausbau nach Ausbruch des Korea-Kriegs beschleunigt wurde, so dass sie 1953 Ausmaß und Ausrüstung einer Armee hatte, deren Charakter durch die beschönigende Bezeichnung „Selbstverteidigungsstreitkräfte“ (SVS) verschleiert werden sollte.

Auch die Unterstützung der öffentlichen Meinung für die Anliegen der Friedensbewegungen ging Anfang der 1950er Jahre rapide zurück. Hatte in Meinungsumfragen vom Mai 1946 die Unterstützung für Artikel 9 noch um die 70 Prozent betragen, so lag 1950/51 die Zustimmung zum Aufbau eigener Streitkräfte je nach Fragestellung zwischen 47 und 71 Prozent. Dabei lag die Zustimmungsrate um so höher, je deutlicher in der Fragestellung die Existenz einer eigenen Armee mit der staatlichen Souveränität in Zusammenhang gebracht wurde.<sup>25</sup> Neben diesem nationalistischen Motiv kamen in den Umfragen aber sicherlich auch durch den Korea-Krieg ausgelöste Bedrohungsängste zum Ausdruck.

In der Diskussion über die Ursachen der geringen Mobilisierungserfolge der pazifistischen Bewegungen wird neben den zuvor skizzierten Widersprüchen in der Bewegung selbst zunächst auf den repressiven Kurs von Regierung und Besatzungsmacht Anfang der 1950er Jahre gegen linksgerichtete Kräfte hingewiesen.<sup>26</sup> Andererseits erkannten etliche japanische Intellektuelle schon damals die Abneigung vieler ihrer Landsleute, sich für Anliegen zu engagieren, die nicht ihre unmittelbare Lebensumwelt betreffen. So ging – und geht bis heute – der Widerstand gegen Militärbasen kaum über das Umfeld der jeweiligen Stützpunkte hinaus, eine regionale oder gar nationale Vernetzung findet kaum statt. Das Problem könne, so stellte die Soziologin Tsurumi Kazuko damals schon fest, nur gelöst werden, wenn es gelänge, ein Gefühl der Solidarität zu schaffen, das die Menschen erkennen lasse, dass soziale Probleme jeden Bürger etwas angingen und nicht nur die unmittelbar Betroffenen.<sup>27</sup>

## Beispiele erfolgreicher Bewegungen und ihre Grenzen

Angesichts der traumatischen Erfahrung der Atombombenabwürfe von Hiroshima und Nagasaki überrascht es nicht, dass die gemeinsame Furcht vor einer erneuten nuklearen Katastrophe die zuvor vermisste Solidarität weckte und der Anti-Atombombenbewegung ein beträchtliches Mobilisierungspotenzial verschaffte. Schon eher mag es auf den ersten Blick verwundern, dass dieses Potenzial – sieht man von der temporären Wirkung des Stockholmer Appells einmal ab – erst Mitte der 1950er Jahre zur Entfaltung kam. Zur Erklärung dieses Phänomens lässt sich zunächst einmal die US-Besatzungspolitik heranziehen, die Berichte

25 Oguma, 454.

26 Yoshikawa, *kaisetsu*, 14.

27 Zusammengefasst nach Orr, 46.

über die Auswirkungen der Atombombenabwürfe streng zensierte und somit die Verbreitung von Daten und Erfahrungsberichten über Opfer und Schäden erschwerte.<sup>28</sup> Hinzu kam jedoch auf japanischer Seite ein von der Furcht vor sozialer Diskriminierung erzwungenes Schweigen der Strahlenopfer („hibakusha“) sowie ihr „freiwilliges Schweigen“ gegenüber den Untersuchungen der amerikanischen Atomic Bomb Casualty Commission (ABCC). Letzteres bedeutete nichts anderes als die Verweigerung der Kooperation mit den Tätern durch die hibakusha zum Schutz ihrer eigenen Würde. Viele Strahlenopfer hatten außerdem nicht zu Unrecht das Gefühl, von der ABCC als Versuchsobjekte für militärtechnisch interessierte Erhebungen über die Wirkungsweise der Atombomben missbraucht zu werden.<sup>29</sup> Das kollektive Schweigen, das nur von wenigen Literaten und Filmemachern gebrochen wurde, setzte sich auch fort, nachdem Japan 1951 seine Unabhängigkeit wiedererlangt hatte und die Zensur der US-Besatzungsbehörden weggefallen war.<sup>30</sup>

Es war Anfang März 1954 ein Wasserstoffbombenversuch der USA auf dem Bikini-Atoll, der zum Auslöser einer wahren Massenbewegung gegen Kernwaffen wurde. Ein kleiner japanischer Fischkutter, die „Fukuryūmaru“ (im folgenden in der englischen Übersetzung „Lucky Dragon“), befand sich zu dieser Zeit zwar außerhalb der von der US-Regierung verkündeten Gefahrenzone, die Besatzung wurde jedoch radioaktiv verstrahlt, da die Bombe stärker als erwartet war.<sup>31</sup> Dieser Vorfall und der Tod des Funkers der „Lucky Dragon“ infolge der Strahlenschäden sechs Monate später erinnerte viele Japaner daran, dass sie Kernwaffenopfer waren und jederzeit wieder werden konnten, auch ohne direktes Ziel von Kernwaffen zu sein. Im Gegensatz zur japanischen Regierung, die es für dringlicher hielt, eine Solidaritätserklärung an die Adresse der USA zu richten, mobilisierte sich in der Bevölkerung – zunächst ausgehend vom Stadtrat in Yaizu, dem Heimathafen der „Lucky Dragon“, eine breite Protestbewegung gegen Kernwaffen, in deren Verlauf bis zum Januar 1955 22 Millionen, bis zum folgenden August über 30 Millionen Unterschriften für ein Verbot von Kernwaffen gesammelt wurden.<sup>32</sup>

Vorangetrieben wurde die Unterschriftenaktion von dem Völkerrechtler Yasui Kaoru, der zunächst die Bevölkerung in seinem Stadtbezirk Suginami zu einem Appell für ein Verbot der Wasserstoffbombe mobilisierte und später die landesweite Koordinierung der zahlreichen lokalen und regionalen Initiativen übernahm. Eine Organisationsform bekam die Bewegung auf der im August 1955 in Hiroshima einberufenen „Weltkonferenz für das Verbot von Kernwaffen“ (Gensuibaku kinshi sekai taikai, im folgenden Weltkonferenz) mit der

28 Vgl. dazu Monica Braw: *The Atomic Bomb Suppressed: American Censorship in Occupied Japan*, Armonk 1991.

29 Monica Braw: *Hiroshima and Nagasaki: The Voluntary Silence*, in: Laura Hein/Mark Selden (eds.): *Living with the Bomb. American and Japanese Cultural Conflicts in the Nuclear Age*, Armonk/London 1997, 155–172, 155–161.

30 Orr, 39–43.

31 Zum weiteren Verlauf vgl. Lawrence S. Wittner: *Resisting the Bomb. A History of the World Nuclear Disarmament Movement 1954–1970 (The Struggle Against the Bomb, Volume Two)*, Stanford 1997, 8f.; Orr, 47f.

32 Yoshikawa, *Kaisetsu*, 20; Orr, 48.

Gründung der „Japanischen Konferenz für ein Kernwaffenverbot“ (Gensuibaku kinshi Nihon kyôgikai, im folgenden kurz Gensuikyô) unter dem Vorsitz von Yasui.

Gensuikyô entwickelte sich nicht nur rasch zur größten und einflussreichsten Organisation unter den Friedensbewegungen, der Widerstand gegen Kernwaffen war die erste Massenbewegung von nationalem Ausmaß, da es ihm gelang, die Grenzen zwischen den Gesellschaftsschichten und politischen Interessen zu überwinden. Dies lag zum großen Teil in den politischen Visionen und im Führungsstil von Yasui begründet.<sup>33</sup> Motiviert war Yasui durch das Scheitern seines Versuchs, als liberaler Patriot und Mitglied des Wissenschaftsestablishments während der Kriegszeit zwischen liberalen und ultranationalistischen Kräften zu vermitteln, ein Versuch, der in Yasuis Kompromittierung als Verteidiger des japanischen Expansionsfeldzugs in Asien endete und ihm nach dem Krieg die Entfernung von seinem Amt als Professor an der Universität Tôkyô einbrachte. In der Folgezeit suchte er nach Wegen zum Aufbau einer wahren bürgerlichen Demokratie, die sich nicht auf die Autorität von Eliten, sondern auf den mündigen Bürger gründet. Ein wichtiger Einfluss für Yasui war die Analyse der Mechanismen der Massendemokratie durch den Soziologen E.H. Carr.<sup>34</sup> Besonderen Eindruck auf Yasuis Strategien hinterließ Carrs Hinweis auf die Wichtigkeit von emotionaler Mobilisierung in Massendemokratien.<sup>35</sup>

Kennzeichnend für die Aktivitäten von Gensuikyô unter Yasuis Vorsitz und wichtige Gründe für ihren Erfolg waren folgende Charakteristika:

- die Konzentration auf den Widerstand gegen Kernwaffen und die Vermeidung von Reibungsverlusten durch Einführung neuer Themen, die nicht nur die Gefahr der Verzettelung, sondern auch interner politischer Differenzen mit sich gebracht hätten;
- die aktive Nutzung der Opfererlebnisse von „hibakusha“ aus Hiroshima und Nagasaki zur emotionalen Mobilisierung der Bevölkerung
- die im Vergleich zu anderen sozialen Bewegungen dieser Zeit außerordentlich große Rolle von Frauen in der Organisation<sup>36</sup>

Mit dieser Strategie konnte Gensuikyô in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre nicht nur die traditionelle Klientel der Friedensbewegungen hinter sich scharen, sondern auch die Unterstützung prominenter konservativer Politiker, religiöser Gruppierungen, Wirtschafts- und Wissenerschaftsbänden sowie Frauenorganisationen gewinnen. Meinungsumfragen aus den Jahren 1957 und 1958, in denen sich über 80 Prozent der Bevölkerung den Forderungen von Gensuikyô nach einem Verbot von Kernwaffen anschloss, zeugen von der breiten Unterstützung für die Anti-Atomwaffenbewegung, die auch die konservative Regierung nicht ignorieren konnte.<sup>37</sup> Selbst in der regierenden Liberaldemokratischen Partei, in der immer auch einflussreiche Kreise für eine Remilitarisierung Japans eintraten, konnten sich Forderungen nach einer atomaren Bewaffnung bis heute nicht durchsetzen.

33 Ausführlich zum Werdegang von Yasui Orr, 49–50.

34 E.H. Carr: *The New Society*, London 1951.

35 Orr, 50.

36 Ausführlich hierzu Orr, 50–58.

37 Wittner, *Resisting the Bomb*, 42f.

Kritiker an Yasuis apolitischem Konzept der Anti-Atomwaffenbewegung wie der Sinologe Imahori Seiji haben zu Recht darauf hingewiesen, dass die Beschränkung auf die bloße Wiederholung der Ablehnung von Kernwaffen auf Dauer zu einer geistigen Aushöhlung der Bewegung führen musste. Insbesondere bemängelte Imahori, dass Yasui die Leiden der „hibakusha“ zur emotionalen Mobilisierung der Bewegung benutzte, ohne sich für ihre medizinische, psychologische und soziale Unterstützung einzusetzen.<sup>38</sup>

Auf der anderen Seite zeigte sich, dass die Politisierung der Bewegung, in den folgenden Jahren gleichzeitig ihren Niedergang einleiten sollte.<sup>39</sup> Während die Hinwendung Gensuikyôs zu Forderungen nach Unterstützung für die „hibakusha“ noch breite Zustimmung fand, führte die Beteiligung am Widerstand gegen die Revision des japanisch-amerikanischen Sicherheitsvertrags (anpo tôsô) 1959/60 zum Ausstieg konservativer Politiker und Gruppierungen aus der Organisation. Gensuikyôs Kurswechsel war Ausdruck einer Art Machtübernahme in der Organisation durch kommunistische Kader, denen sich neutrale Mitglieder um Yasui vergeblich entgegen stemmten. Die jährlich veranstaltete Weltkonferenz verlor seit 1959 mehr und mehr Glaubwürdigkeit, da sie in ihren Abschlusserklärungen nicht mehr Kernwaffen allgemein, sondern nur die des Westens geißelte. Austritte und Abspaltungen wie die Gründung des „Japanischen Kongresses für ein Verbot von Atom und Wasserstoffbomben (Gensuikin)“ 1965 waren die Folge. Die Spaltung der Anti-Atomwaffenbewegung in die kommunistisch geführte Gensuikyô und die von gemäßigt linken Kräften wie SPJ und der mit ihr affilierten Gewerkschaften getragene Gensuikin war das endgültige Ende einer von allen Bevölkerungsschichten getragenen Bewegung. Die konkurrierenden Organisationen setzten ihr jeweiliges Engagement zwar fort, werden von der Öffentlichkeit aber nicht mehr als Sprachrohr der Ängste der gesamten Nation vor einer erneuten atomaren Katastrophe wahrgenommen.<sup>40</sup> Die Tatsache, dass Gensuikyô und Gensuikin auch nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1990 keine gemeinsame Basis im Kampf gegen Atomwaffen finden, obwohl dieser in Ostasien nicht nur wegen der Krise um das nordkoreanische Atomwaffenprogramm noch hochaktuell ist, verstärkt den Eindruck des politischen Sektierertums.

Eine weitere Schwäche der Anti-Atomwaffen-Bewegung war – zumindest auf internationaler Ebene – ihre Fixierung auf die japanische Opfererfahrung. Diese verengte Wahrnehmung ging mitunter soweit, den Japanern eine den Juden gleich gestellte historische Opferrolle als heimgesuchtem Volk zuzuschreiben, wie dies beispielhaft in der folgenden Äußerung eines japanischen Anti-Atom-Aktivisten und hibakusha zu vernehmen ist: „Die Atombombenangriffe der USA auf Hiroshima und Nagasaki haben den exakt gleichen Charakter wie die von Nazideutschland in den Konzentrationslagern wie Auschwitz verübten ‚Massen-

38 Imahori Seiji: *Gensuibaku kinshi undô* (Die Bewegung für ein Verbot von Atom- und Wasserstoffbomben), Tôkyô 1974, 9–11.

39 Ausführlich hierzu Wittner, *Resisting the Bomb*, 321–324; Orr, 60–63.

40 Shibata Shingo: *Sociological Implications of Hiroshima and the Anti-Nuclear Movement*, in: *Hiroshima Peace Science* 9 (1986), 253–265, 260; Wittner, *Resisting the Bomb*, 324.

tötungen'.<sup>41</sup> Diese extrem anmutende Geschichtsklitterung lässt sich auch an anderen Beispielen illustrieren. Dass etwa in den Gedenkstätten und -veranstaltungen im Friedenspark von Hiroshima lange Zeit ausländische, vor allem koreanische Atombombenopfer, ausgeblendet wurden, zeugt nicht nur von Ignoranz gegenüber den Opfern anderer Nationen, sondern auch von der Ausblendung japanischer Kriegsschuld: Viele der koreanischen Opfer waren zur Zwangsarbeit in der japanischen Kriegsindustrie nach Hiroshima geschafft wurden.<sup>42</sup>

In vielen asiatischen Staaten begegnet man daher der japanischen Anti-Atomwaffenbewegung nicht ohne Vorbehalte. So äußerten Vertreter einer Anti-Atom- und Umweltschutzgruppe aus Malaysia im Vorfeld der Gedenkfeier in Hiroshima vom 6. August 1984 Unmut über die einseitige Inanspruchnahme der Opferrolle:

„Für Japan mag die Atombombe eine Gelegenheit gewesen sein, die Schrecken von Kernwaffen und die Wichtigkeit des Friedens kennen zu lernen, doch aus der Perspektive Südostasiens war jene Bombe ein ‚Lichtschein‘, der aus dem Dunkel der japanischen Grausamkeit herausführte. Im Vergleich zu den Atombombenopfern hat die japanische Armee eine zigfache Zahl von Menschen in Asien umgebracht. Ohne jedes Bewusstsein dieser Tatsache und ohne jede Reue an die Solidarität unter den Friedens- und Anti-Atomwaffenbewegungen zu appellieren, wird die Menschen in Asien nicht mobilisieren.“<sup>43</sup>

Der bereits erwähnte „anpo tōshō“ gilt heute bereits als das letzte große Aufbäumen der organisierten Linken gegen die zunehmend als bedrohlich betrachtete Militarisierungspolitik der konservativen Regierung. Dass 1957 mit Kishi Nobusuke, Rüstungsminister im Kriegskabinett des 1948 von den Alliierten als Kriegsverbrecher verurteilten und hingerichteten Tōjō Hideki, ein Hauptverantwortlicher für den japanischen Aggressionskrieg das Amt des Ministerpräsidenten übernahm, wurde als ernstes Alarmzeichen gesehen. Kishis Ankündigung, den 1960 auslaufenden Sicherheitsvertrag mit den USA zu erneuern, entfachte eine Welle von Protesten, die im Frühjahr und Sommer 1960 eskalierte, als klar wurde, dass Kishi auch nicht vor dem Einsatz von Polizei und SVS gegen oppositionelle Abgeordnete im Parlamentsgebäude zurückschreckte, um die rechtzeitige Ratifizierung des revidierten Vertrags vor dem für Juni geplanten Besuch des US-Präsidenten Dwight Eisenhower durchzudrücken.<sup>44</sup> Die Proteste waren von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Polizei überschattet, bei denen am 15. Juni eine Studentin getötet wurde. Das Land geriet in einen unerklärten Ausnahmezustand, der Kishi veranlasste, den Eisenhower-Besuch abzusagen und von seinem Amt zurückzutreten. Durch sein in der japanischen Nachkriegsdemokratie einmaliges Vorgehen hatte er zwar sein Ziel der Vertragsrevision durchsetzen

41 Hida Shuntarō: Hiroshima, Nagasaki o sekaie (Hiroshima und Nagasaki der Welt vermitteln), Tōkyō: Akebi Shobō 1995, 4.

42 Vgl. zu diesem Aspekt Lisa Yoneyama: Memory Matters: Hiroshima's Korean Atombomb Memorial and the Politics of Ethnicity, in: Laura Hein/Mark Selden (eds.): Living with the Bomb. American and Japanese Cultural Conflicts in the Nuclear Age, Armonk. London 1997, 202–231.

43 Zitat nach Honda Katsuchi: Hinkan naru seishin, dai 18-shū (Arm im Geiste, Bd. 18), Tōkyō 1986, 23.

44 Ausführlich hierzu George Packard: Protest in Tokyo: The Security Treaty Crisis of 1960, Princeton 1966, 238–242.

können, aber neben der öffentlichen Meinung auch etliche Parteifreunde der konservativen LDP (Liberaldemokratischen Partei) gegen sich aufgebracht. Die Politik der forschenden Militarisierung Japans, zu der die Revision des Sicherheitsvertrags nach Kishis Vorstellungen erst den Anfang bilden sollte, wurde durch seine Nachfolger wieder auf einen Kurs der militärischen Zurückhaltung (u.a. Ablehnung von Kernwaffen auf japanischem Territorium und Verbot von Waffenexporten) zurückgefahren.

Die Bewertungen des „anpo tōsō“ gehen bis heute weit auseinander. Die klassische Studie von George Packard betont die Rolle der traditionellen Linken und beschreibt die koordinierende Organisation „Volkskonferenz zur Verhinderung der Revision des Sicherheitsvertrags (Anpo kaitei boshi kokumin kaigi)“ als Arm der KPJ.<sup>45</sup> In der neueren japanischen Rezeption wird aber darauf hingewiesen, dass die Kader der Linksliberalen in der „Volkskonferenz“ nur eine untergeordnete Rolle spielten und die Bewegung vielmehr von der Spontaneität und Unabhängigkeit vieler beteiligter Gruppen geprägt war.<sup>46</sup> Dieser Befund wird gestützt durch Sasaki-Uemuras Studie<sup>47</sup> über vier sehr unterschiedliche Gruppierungen, die sich am „anpo tōsō“ beteiligten. Lokale Geschichtswerkstätten auf der Suche nach Klärung von Kriegsschuldfragen, Arbeiterdichter, die gegen den Abbau von gerade erst zugestandenen Arbeiterrechten im Zuge des forcierten Wiederaufbaus der japanischen Wirtschaft kämpften, konservative Hausfrauenverbände, die befürchteten, durch Kishis Militarisierungskurs wieder in einen (aus ihrer Sicht mit hoher Wahrscheinlichkeit nuklearen) Krieg hineingezogen zu werden, sowie liberale Intellektuelle, die mit ihrem Protest einen Weg aus der apolitischen Lethargie hin zu praktizierter Demokratie als Ausdruck bürgerlicher Selbstbestimmung zeigen wollten: Ihr gemeinsamer Nenner war die Sorge, dass die Regierung das Land wieder unter ein diktatorisches Kriegsregime zwingen wolle und die Interessen der Bürger bzw. des Individuums den von einer kleinen Elite definierten Interessen des Staates weichen sollten. Nach übereinstimmenden Aussagen der von Sasaki-Uemura befragten Beteiligten entstand dieses Engagement „spontan“ an vielen Orten und kulminierte 1959/60 zu einer Massenbewegung<sup>48</sup>, die bis heute die letzte dieses Ausmaßes in Japan blieb.

## Vermächtnisse der „traditionellen“ Friedensbewegungen

Nach dem „anpo tōsō“ waren nur noch sporadisch Friedensbewegungen von ähnlicher Breitenwirkung in Japan zu beobachten. Viele Teilnehmer empfanden es als schwere Niederlage, die Revision des Sicherheitsvertrags nicht verhindert zu haben. Viele Aktivisten zogen sich ins Privatleben zurück, einige prominente Intellektuelle wie Shimizu Ikutarō vollzogen gar eine radikale Kehrtwende zu nationalistischen Idealen, in denen der starke Staat im Mittelpunkt steht. Für den heute relativ geringen Einfluss von Friedensbewegungen auf die Politik

45 Packard, 118–199.

46 Yoshikawa, Kaisetsu, 27.

47 Wesley Sasaki-Uemura: *Organizing the Spontaneous. Citizen Protest in Postwar Japan*, Honolulu 2001.

48 Sasaki-Uemura, 21.

mitentscheidend war auch die Tatsache, dass das politische Establishment in Japan sich als undurchlässig für Personal oder Ideen aus dem Reservoir sozialer Bewegungen zeigte. Auch eine grüne oder alternative Partei, die landesweit einen ähnlichen Rückhalt unter der Wahlbevölkerung erreichen könnte wie in Westeuropa, sucht man in Japan vergebens.

Seit dem „anpo tōsō“ organisieren sich soziale Bewegungen in Japan in der Regel lokal oder regional, um für ein bestimmtes Anliegen oder gegen eine bestimmte Bedrohung ihrer Interessen zu kämpfen. Das Prinzip der dezentralen Organisationsformen, wie sie im „anpo tōsō“ erstmals zu beobachten war, wurde durch „Beheiren“, die japanische Bewegung gegen den Vietnamkrieg, weitergeführt und verfeinert. Aus strategischer Sicht werden Stärken dezentraler Organisationsformen von sozialen Bewegungen in Japan wie Flexibilität und Resistenz gegen politische Instrumentalisierung häufig durch Fixierung auf die unmittelbar eigenen Anliegen quasi vor der eigenen Haustür neutralisiert.

„Beheiren“ brachte jedoch in zwei Aspekten eine neuartige Qualität in Japans Friedensbewegungen ein: Zum einen war die Organisation von Anfang an auf Zeit gegründet, auf die Beendigung des Vietnamkrieges als einzigem Ziel ausgerichtet und wurde folgerichtig nach der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Paris 1974 aufgelöst.<sup>49</sup> Zum zweiten war „Beheiren“ die erste pazifistische Bewegung, die ihr Engagement für den Frieden nicht aus der Opferrolle, sondern aus der Täterrolle Japans herleitete, wenn auch nicht unbedingt im Rückblick auf den Zweiten Weltkrieg, sondern im Hinblick auf die damalige logistische Unterstützung der japanischen Regierung für die US-Truppen.<sup>50</sup>

Dass aber die Abkehr von der Opfermentalität und ein über den Tellerrand hinausblickendes Engagement für Frieden gegenwärtig keine breite Unterstützung in der Öffentlichkeit gewinnen können, zeigte sich in der Diskussion um die Entsendung von japanischen Truppen in den besetzten Irak. In Meinungsumfragen vor und kurz nach der entsprechenden Regierungsentscheidung war eine deutliche Mehrheit der Befragten gegen die Truppenentsendung, Hauptmotiv der Ablehnung war jedoch die Sorge, dass japanische Militärangehörige zu Tode kommen könnten. Mit zunehmender Dauer des Einsatzes ohne japanische Opfer stieg jedoch die Zustimmung der Bevölkerung kontinuierlich und hatte bis Anfang Mai 2004 den Anteil der Ablehnung übertroffen.<sup>51</sup> Hier zeigt sich die starke Verwurzelung der Opfermentalität in der japanischen Gesellschaft und ihr prägender Einfluss auf die Auseinandersetzung mit Friedensfragen.

Abschließend sei darauf hingewiesen, dass die Analyse der traditionellen Bewegungen zwar wertvolle Hinweise auf der Suche nach den Gründen für die geringe Einflusskraft von Friedensbewegungen im heutigen Japan bietet, diese aber natürlich nicht erschöpfend erklären können. Faktoren und Rahmenbedingungen, die sich aus Entwicklungen und Mechanismen der japanischen Gesellschaft seit den 1970er Jahren ergeben, wie die zunehmende Konsumorientierung, politisches Desinteresse und der sogenannte „Alltagskonservatismus“ (*seikatsu hoshushugi*), der sich in einer nicht unbedingt aus ideologischer Überzeugung zu-

49 Hierzu näher Sasaki-Uemura, 207–210.

50 Yoshikawa, *Komentaar*, 31–32.

51 *Asahi Shimbun*, 19. März 2004.

nehmenden Identifizierung mit konservativen und national geprägten Slogans widerspiegelt, spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Diese Tendenzen, die die Toleranz gegenüber vom Hauptstrom abweichenden Meinungen einschränken und damit die Aktionsmöglichkeiten sozialer Bewegungen einschränken, sind sicherlich weiterer und tiefergehender Analysen wert.

